

## Einführung

Moderne Außenpolitik neigt zum gutgemeinten Übergriff. Sie trägt die Fackel der Befreiung in das, was sie als auswärtige Dunkelheit begreift. Die eigene Verfassungsordnung sei leuchtendes Vorbild für die ganze Welt. Sie verkörpere die global richtige Ordnung und werde, von allen anderen Staaten übernommen, die Welt befreien. Der mächtige moderne Staat als Akteur solcher Außenpolitik stützt sich, um Befreiung zu befördern, auf den Einsatz von Propaganda und Militär. Er versteht seine Politik als den uneigennütigen Einsatz zugunsten globaler Befreiung.

In der außereuropäischen Vormoderne findet eine solche, expansiv-altruistische Befreiungspolitik keine Entsprechung. Zwar trifft man schon im vorrömischen Altertum, etwa in Ägypten und Mesopotamien, auf den staatlichen Anspruch, die wahre und richtige Ordnung zu verkörpern, zur Quelle einer expansiven Außenpolitik aber wurde er nicht. Umgekehrt ging es dort, wo später im Bewußtsein korporativer Überlegenheit außerhalb Europas expandiert wurde, wie in der Kolonialpolitik, weder um Befreiung noch um verfassungspolitische Angleichung. Die überwiegend egoistisch angelegte Kolonialpolitik unterscheidet sich deutlich vom subjektiven Altruismus einer auf Verfassungshomogenisierung und Befreiung zielenden modernen Außenpolitik.

Diese moderne, expansiv-altruistische Außenpolitik steht in Gegensatz auch zu vormoderner Außenpolitik innerhalb Europas. Seit dem Mittelalter bis zur Französischen Revolution hatte es gemeineuropäischer Überzeugung entsprochen, man lebe in der geschlossenen politisch-juristischen Welt der lateinischen Christenheit<sup>1</sup>. Weder Kaiser noch Papst gaben bis zur Revolution den Anspruch auf, jeweils Haupt der europäischen Welt zu sein. Grundüberzeugung war das Nein zur Usurpation und die Vermeidung von Demütigung. In dieser Welt konnte Außenpolitik weder auf die Vernichtung des Gegners noch auf Gebietszerstückelung oder Regimeersetzung zielen. Zentrales Ziel europäischer Friedensverträge war die Rückkehr zum alten, „ewigen Frieden“.

---

1 Vgl. etwa Bernd Marquardt, Staatsbildung. Geschichte einer Dreifachrevolution, Stuttgart 2006, S. 16iff., dort auch zum Folgenden, sowie Heinz Schilling, Europa zwischen Krieg und Frieden, S. 23-32 in: Marie-Louise von Plessen, Hrsg., Idee Europa, Berlin 2003.

Die Überzeugungen, die diesen Verträgen zugrundelagen, fanden seit dem 17. Jahrhundert Ausdruck in den Begriffen Sicherheit und Ruhe<sup>2</sup>, später im Leitbild des Gleichgewichts, für das die Berufung auf pax und concordia kennzeichnend war. Moderne befreiende Außenpolitik will demgegenüber, in Gestalt ihrer markanten staatsförmigen Vertreter, von Ausgleich und der Vermeidung von Demütigung nichts mehr wissen. Ein rücksichts- und maßloser Zug gewinnt die Oberhand.

Der Anspruch, der dieser rücksichtslosen, altruistischen, auf globale Befreiung zielenden Variante von Außenpolitik zugrundeliegt, ist ein exklusiver. Nur die eigene Verfassungsordnung sei die richtige, alle anderen seien verkehrt. Das eigene Gemeinwesen sei beispielhaftes Muster derjenigen politischen Ordnung, die von allen Ländern übernommen werden müsse. In Phasen relativer Schwäche wird der Anspruch gemildert: die eigene Ordnung sei nicht die einzig richtige, aber doch die beste, allen anderen weit überlegene. Auch auswärtige Verfassungsordnungen enthielten, so diese inklusive Position, Spuren des Richtigen, international führend aber sei, als die vollkommene Verkörperung moderner politischer Ordnung, das eigene Gemeinwesen<sup>3</sup>.

Moderne Staaten, die mit exklusivem oder auch mit inklusivem Anspruch expandieren, um durch die Globalisierung ihrer Verfassung die Welt zu befreien, verfolgen im allgemeinen die besten Absichten. Sie meinen es gut. Ihre Politik aber führt zu erheblichen Schäden. Sie verbindet sich regelmäßig mit schweren Verbrechen und verursacht irreparable Zerstörung. Bisweilen werden Hochkulturen vernichtet, ohne daß etwas Gleichwertiges an ihre Stelle tritt. Politische Gemeinschaften werden ihrer Tradition entfremdet, denn kaum etwas vom Alten scheint den neuen Maßstäben noch genügen zu können. Sie werden gedemütigt, denn sie hatten sich über die richtige Ordnung vollständig von außen belehren lassen müssen.

---

2 Heinz Duchhardt, *Peace treaties from Westphalia to the Revolutionary Era*, S. 45-58 in: Randall Lesaffer, Hrsg., *Peace treaties and international law in European history*, Cambridge 2004.

3 Es läßt sich also die Terminologie der Theologie der Religionen, die hinsichtlich des Heilsanspruchs der Religionen zwischen Exklusivismus, Inklusivismus und Pluralismus unterscheidet, auf die verschiedenen Geltungsansprüche moderner politischer Systeme übertragen. Zum theoretischen Hintergrund und zur Terminologie vgl. Perry Schmidt-Leukel, *Gott ohne Grenzen. Eine christliche und pluralistische Theologie der Religionen*, Gütersloh 2005.

Auch der expandierende Staat selbst wird beschädigt: zunächst in seiner Finanzkraft, denn militärische Aktivitäten erweisen sich bisweilen als sehr kostspielig. Es leidet auch sein Renommé, denn Expansion bedeutet in der Regel Machtgewinn und dies erleichtert die Denunziation: dem expandierenden Staat gehe es nicht um Befreiung, sondern um Bereicherung und Selbstglorifizierung. Beeinträchtigt wird sein Ruf schließlich deshalb, weil seine exklusiv-expansive Politik auf einer Überzeugung beruht, die den zwischenstaatlichen Umgang belastet. Das eigene Gemeinwesen übertreffe alle anderen in wesentlicher Hinsicht, und die eigene Verfassungsordnung sei die richtige für die ganze Welt. Einem akzeptablen zwischenstaatlichen Miteinander ist eine solche Selbstsicht nicht zuträglich.

Eine aus exklusivem Selbstverständnis betriebene, expansiv-altruistische Außenpolitik ist kein bloß historisches Phänomen. Zwar existieren einige der großen Akteure moderner Befreiungsexpansionen nicht mehr. Auch hat es den Anschein, als sei der Anwendungsbereich der militärischen Expansionsvariante zuletzt geschrumpft. Verringert hat sich angesichts fortgeschrittener globaler Verfassungsvereinheitlichung auch die Zahl derjenigen Sektoren politischer Ordnung, in Hinblick auf die sich sehr deutlich exklusive Ansprüche noch formulieren lassen. Die Tendenz aber zu einer von korporativem Überlegenheitsdenken motivierten, auf verfassungsrechtliche Angleichung zielenden Außenpolitik besteht fort. Sie findet in aggressiv-expansiver Propaganda nur ihre brachiale Spitze, hat aber einen breiten Unterbau, dessen Zugehörigkeit variiert. Die zum Teil vergleichsweise wohlgeordneten und friedfertigen Staaten und Föderationen, die zu dieser Gruppe zählen, teilen mit den offen expansiven die Auffassung, die global beste Ordnung zu verkörpern. Teils expandieren sie subtiler, etwa im Kontext von Entwicklungspolitik, teils verzichten sie auf die Propagierung ihrer Ordnung nach außen. Die besondere Berufung, die sie jeweils für sich in Anspruch nehmen, verdient Anerkennung. Die Vielfalt behaupteter und gelebter korporativer Sonderberufungen ist ein bereicherndes Element in einer globalisierten Welt.

Auch dort aber, wo nicht expandiert wird, ist die Vorstellung einer absoluten Überlegenheit korrekturbedürftig. Die Mängel einer solchen Selbstsicht wurden früh erkannt, und die Reihe der Einwände, die gegen eine durch korporatives Überlegenheitsdenken motivierte Außenpolitik vorgebracht werden, ist lang. Vielfach wird die Frage diskutiert, ob der vom jeweiligen Gemeinwesen proklamierte Anspruch überzeuge und wie sich seine prak-

tische Durchsetzung eindämmen lasse. Man weist auf die Widersprüche expandierender Politik hin, die zwischen Theorie und Praxis, Proklamation und Wirklichkeit. Es sei nicht schlüssig, Freiheit zu predigen, aber Unfreiheit zu bringen. Gegebenenfalls sei bereits die der Expansion zugrundeliegende Theorie inkohärent: sie gehe von falschen Annahmen aus oder sei sonst fehlerhaft. Oder es treffe die mit der Theorie verwobene staatliche Ursprungserzählung nicht zu, für die die eigene Revolution ein Akt der Befreiung war: tatsächlich habe keine oder nur eine teilweise Befreiung stattgefunden.

Die folgenden Überlegungen schließen an diese und ähnliche Einwände an, wie sie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts gegen expansive Varianten moderner Außenpolitik vorgebracht werden. Sie richten sich aber nicht gegen die politische Form einer bestimmten Außenpolitik oder gegen deren Begründung im Einzelfall, sondern setzen generell und religionswissenschaftlich an. Ihr Gegenstand ist nicht der einzelne Expansionssachverhalt oder der einzelne Staat, sondern ist die Gesamtheit der starken modernen Gemeinwesen mit globalem Anspruch. Es geht um die Frage, wie sich das Phänomen einer modernen Außenpolitik, die einen exklusiven oder inklusiven Überlegenheitsanspruch formuliert, insgesamt erklären und mäßigen läßt.

Ihren Ausgangspunkt findet die Argumentation in strukturellen Übereinstimmungen zwischen dem modernen Gesamtsachverhalt und den Anfängen des Christentums. In der politischen Moderne und im Christentum wendet sich ein Impuls nach außen, beansprucht, Befreiung zu bringen, und zielt auf die Verbreitung der eigenen Dogmatik. Beide Ereigniskomplexe, der antike und der moderne, lassen sich anhand identischer Strukturelemente in gewissem Umfang parallelisieren. Sie sollen in einem gemeinsamen Begriff („Missionsmodell“) zusammengefaßt werden, der seine Grundlage in einer besonders augenfälligen Übereinstimmung findet: dem Streben nach globaler gesinnungsmäßiger Vereinheitlichung. Es soll versucht werden, den modernen außenpolitischen Anspruch von diesem Strukturvergleich aus zu erklären (Erster Teil) und zu mäßigen (Zweiter Teil).